

Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle (sowie bei den Abholstellen) und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich
Carl F. Burmann



Druck und Verlag
G. Lohmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 6

Fernsprecher

Sonnabend, den 14. Januar 1933.

Nummer 37

39. Jahrgang

Was der Wirtschaft nützt

Wiederholt ist in der letzten Zeit von sachverständiger Seite die erfreuliche Feststellung gemacht worden, daß wir die tiefste Laßjahre der Wirtschaft erreicht hätten, und daß es jetzt langsam wieder aufwärts gehen werde. Auch der Reichswirtschaftsminister Dr. Brauns hat bei seinen Besuchen im Reichstag erklärt, daß die dritte und wohl letzte Krisenphase im letzten Sommer nach der Reparationskonferenz von Kaufmann mit einer Schwäche, aber immer deutlicher werdender Besserung der Beschäftigungslage eingeleitet hat. Andererseits wurde aber auch von den verantwortlichen Stellen immer wieder darauf hingewiesen, daß das Wirtschaftsleben jetzt vor allem Ruhe und Schonung bedarf, wenn die allmähliche Wiedergewinnung einen erfolgreichen Verlauf haben soll. Trotzdem sich niemand dieser Erkenntnis erklaffen verschließen kann, stehen wir immer wieder vor neuen Ereignissen, die den alleseitig gewünschten Gesundungsprozess zu gefährden drohen. Einmal sind es die großen parteipolitischen Gegensätze, die sich immer wieder störend bemerkbar machen, dann sind es wieder wirtschaftliche Interessengegensätze, die ein bedauerliches Moment der Unruhe in unser Wirtschaftsleben hineinbringen.

Eine unangenehme Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben ist zweifellos die Ungewißheit über das Schicksal der gegenwärtigen Regierung aus. In wenigen Tagen soll der Reichstag wieder zusammentreten, um — so heißt es im Dezember — die Erklärung der neuen Regierung Scheider entgegenzunehmen. Gleichzeitig soll bei dieser Gelegenheit über die verschiedenen Mißtrauensanträge abgestimmt werden, die in den letzten Wochen von der Linken gegen das Reichskabinett im Reichstag eingebracht worden sind. Der Ausgang dieser Abstimmungen hängt ganz davon ab, welche Haltung die Nationalsozialisten gegenüber dem Reichstag von Scheider einnehmen werden. In der letzten Zeit sind die verschiedensten Versuche unternommen worden, um in dieser Frage volle Klarheit zu schaffen. Wir erinnern an die Köhler Aussprache zwischen dem früheren Reichsminister von Papen und dem Führer der NSDAP, Adolf Hitler über die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Konzentration. Beide Teilnehmer dieser Besprechungen weilen hinterher auch in Berlin. Herr von Papen hat bei dieser Gelegenheit dem Reichstag über das Ergebnis seiner Unterredung mit Hitler Bericht erstattet, während der Führer der Nationalsozialisten mit dem Reichstagspräsidenten Göring und anderen führenden nationalsozialistischen Parteimitgliedern Fühlung nahm. Im vorigen erklärte Hitler in einer Unterredung mit seinem Pressechef, die auf der Rückfahrt von Berlin nach Ulm stattgefunden hat, daß sein Besuch in Berlin schon seit 14 Tagen programmäßig festgelegt worden sei. Weiter bezichtigte Hitler die Behauptungen über eine schwierige und tatsächlich unglückliche Lage der NSDAP, als dumme und lächerliche Grundgedanken. Nicht die Nationalsozialistische Partei befindet sich in Schwierigkeiten, sondern das Kabinett Scheider.

Inzwischen hat auch der Reichspräsident zwecks Klärung der innerpolitischen Lage mehrere Parteiführer empfangen. Im Zusammenhang damit wird von einem Bericht auf eine Januartagung des Reichstages und einer Vertagung des Parlaments bis zum Februar oder sogar bis März gesprochen. Wollte Klarheit über alle diese Fragen besteht auch heute noch nicht und ist wahrscheinlich auch vor der kippigen Wandlung im nächsten Sonntag nicht zu erwarten. Niemand wollen die Parteien, ehe sie sich über ihre Haltung im Reiche schlüssig werden, erst die Stimmung der Wählerschaft kennenlernen. Bei den Wahlen zum kippigen Landtag kommen zwar nur rund 115 000 Wählerberechtigte in Betracht, trotzdem stellt die Wahl in diesem Augenblick der politischen Entscheidungen ein willkommener Stimmungsbarometer dar.

Aus diesem Grunde auch haben die Parteien eine ungeheure Propaganda entfaltet, wie sie das kleine kippige Land in diesem Ausmaß wohl noch nie erlebt hat. Selten haben in einem so kleinen Lande so zahllose Wahlversammlungen unter persönlicher Beteiligung der Parteiführer stattgefunden, wie in den letzten zwei Wochen in den kleinen Städten und den kleinsten Dörfern des Gebiets am Teutoburger Wald. Ingesamt sind neun Wahlversammlungen für die Landtagswahl eingegangen: Sozialdemokraten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Christliche Volkspartei, Kommunistische Partei, Deutsche Staatspartei, NSDAP, Katholische Volkspartei und Evangelischer Volksdienst. Bis hier hatte die Partei eine sozialdemokratische Regierung, die von der Staatspartei, und zeitweilig von der Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Landvolkspartei gestützt wurde. Seit der letzten Landtagswahl im Jahre 1929 haben sich natürlich die politischen Verhältnisse in Ulme, wie überall im Reiche, ganz wesentlich verschoben. Auf den Ausgang der Wahl ist man infolgedessen sehr gespannt. Sogentlicht trägt das Ergebnis über die Grenzen des kleinen Landes hinaus zu einer Beruhigung bei, die im Interesse einer gedeihlichen Weiterentwicklung unserer Wirtschaft dringend zu wünschen ist.

Ueberaus bedauerlich ist die Tatsache, daß sich über die Wege unserer Wirtschaftspolitik keine Einigung unter den beteiligten Wirtschaftsgruppen erzielen läßt.

Im Schoße der Regierungen ist allerdings durch verschiedene „Konkurrenzen“, die auf Veranlassung des Reichsfinanzlers zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsernährungsminister stattfanden, eine gewisse Übereinstimmung erzielt worden. In den Kreisen der Landwirtschaft ist man jedoch mit den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung höchst unzufrieden, wie aus dem jüngsten Beschlusse des Landbundespräsidenten und aus den Vorstellungen bei Hindenburg zur Genüge hervorgeht. Der Schritt des Reichslandbundes hat dann scharfe Gegenreaktionen in der Landwirtschaft zur Folge gehabt. All dies trägt sicherlich nicht zu einer Beschleunigung der Wiedergewinnung unserer Wirtschaft bei. Man möchte daher dringend wünschen, daß hier bald ein Ausgleich gefunden wird, der einerseits den berechtigten Wünschen der zweifellos schwer leidenden Landwirtschaft Rechnung trägt und andererseits den Lebensnotwendigkeiten der Ausfuhrindustrie keinen Abbruch tut.

Beschleunigte Agrarhilfe

Vor einer neuen Verordnung. — Bericht an Hindenburg. — Vollstreckungsschutz auch für Mobilien beabsichtigt.

Berlin, 13. Januar.

Wie mitgeteilt wird, ist das Reichskabinett seit einigen Tagen mit der Fertigstellung einer neuen Verordnung beschäftigt, die den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft auf das gesamte Reichsgebiet ausdehnt und weiter einen gewissen Vollstreckungsschutz auch für Mobilien vorsieht. Mit der Berichterstaltung an den Reichspräsidenten wurde Reichsernährungsminister Freyler von Braun beauftragt. Was die Futterbeihilfe bei der Herstellung von Margarine betrifft, will die Reichsregierung, sofern die Margarineindustrie von sich aus entsprechende Maßnahmen ergreift, von der Ermächtigung Gebrauch machen, also den Futterbeihilfungsprozess zu verhindern.

Ueber die Einzelheiten der neuen Agrarmaßnahmen hört man: Der Vollstreckungsschutz ist bereits seit längerer Zeit Gegenstand eingehender Erörterungen der Reichsregierung, die dabei aber nicht nur die Interessen des Schuldners, sondern auch die des Gläubigers zu berücksichtigen hat. Zugelassen wird, daß insbesondere die Viehwirtschaft in Schleswig-Holstein in ganz unerschöpflicher in ungeheure Not geraten sind, und daß man verlohnen muß, sie zu schützen.

Unter allen Umständen soll aber verhindert werden, daß im Falle des Ausbleibens der Zwangsversteigerung eine Devaluierung (Zerstückung) eines Gutes stattfindet. Ein gewisser Vollstreckungsschutz soll auch für Mobilien eingeführt bzw. verlängert werden. Für Siedlungszwecke steht auch so ausreichend Land zur Verfügung, um in diesem Jahre etwa 3000 Siedler anzunehmen.

Bei der Entschädigung namentlich größerer Güter dürfte weiteres Land in erheblichem Umfang anfallen. Man ist der Ansicht, daß in nächster Zeit

Siedlungsland in Hülle und Fülle zur Verfügung steht.

Was die Zölle anbelangt, so wird daran erinnert, daß der Reichsminister sich darüber bereits mit voller Klarheit ausgesprochen hat. Die Beschlüsse der Ottawa-Konferenz sind für zahlreiche europäische Länder von verhängnisvoller Wirkung gewesen. Beispielsweise ist Dänemark dadurch gezwungen worden, seine Produkte auf den deutschen Markt zu werfen, ohne überhaupt noch Preise zu fordern, sondern lediglich das zu nehmen, was es dafür bezahlt bekommt! Auf diesen Umstand ist auch zum Teil der Butterkurz unmittelbar nach Weihnachten zurückzuführen. Hinzu kommt, daß Deutschland selbst eine erhebliche Mehrproduktion an Butter durch Umwandlung der Käseernte in Butterernte und durch Vermehrung der Milchproduktion hat. Martenmilch findet fast überhaupt keinen Absatz mehr. Die gesamte Milch wandert ins Butterfass.

Deutschland ist bei einer großen Anzahl der landwirtschaftlichen Produkte gegenüber den anderen Ländern an relativ niedrigerer Stelle gebunden. Deutschland hat kaum noch die Möglichkeit, Getreide auszuführen. Während in früheren Jahren bis zu zwei Millionen Tonnen ausgeführt wurden, waren es im letzten Jahr kaum 300 000 Tonnen. Man ist aber infolge der durch die autonomen Zölle verhältnismäßig günstigen Getreidepreise aus der Viehwirtschaft vielfach zur Getreidewirtschaft übergegangen. Deutschland hatte von 1931 zu 1932 eine Erhöhung der Anbaufläche um 16 v. S.

Die Schlachtpreise sind auf den Stand von 1869 zurückgegangen, die Preise für Häute und Felle sogar auf den Stand des Jahres 1800.

Die Viehwirtschaft ist dadurch gezwungen worden, sich in großem Maße auf Märkten und Weiden umzuflehen. Diese Zusammenhänge zwischen Viehwirtschaft und Getreidewirtschaft sind für das ganze Zollsystem von größter Bedeutung.

Wenn es nicht gelingt, die Viehpreise zu schützen, so ist nicht abzusehen, was mit der bauerlichen Veredelungswirtschaft werden wird, die keineswegs ein großartiges Interesse darstellt, sondern in der Hauptsache bei den Siedlern und Kleinbauern liegt.

In der Frage der Butterbeihilfe dürfte nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der Bevölkerung gar nicht inbunde ist, Butter zu kaufen, und daß ein anderer großer Teil der Bevölkerung von der teuren Margarine zu der billigen Margarine übergegangen ist. Wichtig ist auch die Frage der Kontingierung der Erzeugung. Die Reichsregierung denkt dem Vernehmen nach nicht daran, die bisher etwa 450—480 000 Tonnen jährlich betragende Margarineerzeugung auf 240 000 Tonnen herabzusetzen. Wünschenswert erscheint allerdings die Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Margarineproduktion, weil sonst auch andere inländische Fette wie Schmalz und Speck nicht mehr von dem Kontingum aufgenommen werden könnten und dadurch die Lage der deutschen Landwirtschaft weiter verschlechtert würde.

Industrieerprobung Landbund

Berlin, 13. Januar.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie übergibt der Presse folgende Erklärung zu dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbunde:

„Der Reichsverband der Deutschen Industrie nimmt mit größter Empörung von den unerhörten, auch die Ehre des Reichsverbandes voll bewußten deutschen Unternehmertums schwerverletzenden Angriffen in der geistigen Entscheidung des Reichslandbundes Kenntnis, in der von der „Ausgliederung der Landwirtschaft zugunsten der allmählichen Selbstbeihilfen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ gesprochen wird. Der Reichsverband lehnt es ab, mit den für diese Erklärung verantwortlichen Personen in eine sachliche Diskussion einzutreten. Er weist derartige, wider besseres Wissen erhobene, vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschimpfungen eines unentbehrlichen Teiles der deutschen Wirtschaft auf das Schärfste zurück.“

Zu den in dieser empörenden Weise angegriffenen Industriezweigen gehören gerade diejenigen Industrien — namentlich auch in den wichtigsten Gebieten Sachsens, Thüringens, des Bergischen Landes und der Grenzgebiete —, deren materielle und seelische Not mindestens so groß ist wie in Teilen der Landwirtschaft. Der Beitritt des Reichslandbundes sei gesagt, daß sie auf Granit steht, wenn sie glaubt, die Einheitsfront der deutschen Industrie durch eine derartige Verbeugung auch nur lockern zu können.

Das Vorgehen des Vorstandes des Reichslandbundes ist um so unerträglich, als ihm bekannt ist, daß die Industrie in den letzten Monaten in Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinschaftlicher, persönlicher Fühlungnahme am praktischsten, auf das Gemeinwohl abgestellte Lösungen bemüht hat. — Tatsachen, die mit der Reichsregierung verantwortungsbewußte Führer der Landwirtschaft begrüßt haben.

Im Interesse des Volkesgenossen ist es nicht erträglich, daß die sachliche Arbeit verantwortlicher Männer durch eine tiefbedauerliche Verbeugung zur Unfruchtbarkeit verdammt wird.“

Scharfe Landbund-Erklärung

Nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund trat das Präsidium des Landbundes zu einer Sitzung zusammen, in der eine Entschließung angenommen wurde, die im wesentlichen folgende Ausführungen enthält:

„Die Mitteilung der Reichsregierung enthält im wesentlichen Lügen und Unrichtigkeiten, die geeignet sind, den wahren Tatbestand zu verunkeln. Gerade die Tatsache, daß die bisherigen Verhandlungen mit der Reichsregierung zu feinen praktischen Folgerungen durch Erteilen der notwendigen und möglichen agrarpolitischen Sofortmaßnahmen geführt hatten, war ausschlaggebend für Ton und Inhalt der Entschließung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes, die der Widerhall der Verwirklichung und Verwirklichung des deutschen Landvolkes ist, das sich infolge des Ausbleibens der immer wieder versprochenen durchgreifenden Agrarmaßnahmen von der Reichsregierung im Stiche gelassen fühlt.“

Dieser Stimmung öffentlich Ausdruck zu geben, war selbstverständliche Pflicht des Bundesvorstandes.

Um keinen Verlust zu unterlaufen, die Reichsregierung zu den notwendigen Sofortmaßnahmen zu veranlassen, wurde im weiteren Verlauf der Bundesvorsitzendigung beschlossen, den Reichspräsidenten um einen Empfang zu bitten, um diesem persönlich ein unmittelbares Bild der von den Vertretern aus allen Landesstellen zum Ausdruck gebrachten, aufs äußerste zugeprägten Verzweiflungssituation zu geben. Der nachgehende Empfang fand umgehend durch den Reichspräsidenten persönlich in den Mittagsstunden statt. Es ist kennzeichnend, daß die amtliche Mitteilung über diesen Besuch füllschweigend hinweggeht, denn die bei